

Er: Do, 04.11.2007

Linke will Schulessen für Arme verbilligen

Hanau Fraktion fordert einen städtischen Fonds

Von Detlef Sundermann

Zweifünfzig bis vier Euro sind für ein Mittagmenü nicht viel, jedoch für manchen Jugendlichen an einer Hanauer Schule unbezahlbar. „Nach einer Untersuchung der Fachhochschule Frankfurt muss ein Schüler aus einer Familie, die mit Hartz-IV ihren Lebensunterhalt bestreitet, für 2,29 Euro am Tag satt werden“, erklärt Jochen Dohn, Chef der Fraktion Die Linke im Hanauer Stadtparlament. Offiziell lautet der Satz 2,85 Euro. Nach Angabe von AQA, der kreiseigenen Arbeitsvermittlung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern, kommen in Hanau rund 1650 Schüler unter 19 Jahre aus Hartz-IV-Familien.

Für den von Studenten errechneten Betrag gibt es etwa am Gymnasium Hohe Landesschule ein Essen in der Mensa, Salatteller oder Spaghetti. Im Speisesaal des Hessen-Homburg-Schulzentrum kostet die Schulspeise durchweg 2,90 Euro pro Menü, ohne Getränk. Weniger kostet nur eine Portion Nudeln mit Soße. Ernährungsphysiologisch ist dies keine dauerhafte preisliche Alternative für Pennäler, die an drei oder mehr Tagen in der Woche ob des nachmittäglichen Unterrichts oder Betreuungsangebots in der Mensa Sättigung finden möchten.

Für Michael Kernbach, Leiter der Hessen-Homburg-Schule, ist ein erschwingliches, gesundes Mittagessen nicht nur für die körperliche Entwicklung nötig. „In vielen Familien existiert das Ritual des gemeinsamen Mittags- oder Abendessen nicht mehr.“ Die neuen Fünftklässler eines Jahrgangs gehen deshalb in den ersten Wochen im Klassenverbund mit dem Lehrer in die Mensa, um diese Tischkultur zu erfahren. Allerdings sei die Teilnahme freiwillig. Von den rund 600 Schülern suchen durchschnittlich 30 zur Mittagszeit den 200 Quadratmeter großen Speisesaal der Haupt- und Realschule auf. Anfänglich waren es rund 150 Pennäler. Den Bulettenbräter auf der anderen Straßenseite macht Kernbach für die nach-

lassende Nutzung nicht verantwortlich.

Die Links-Partei will mit einem Antrag in der Stadtverordnetensitzung am Montag, 5. November, den Mensagang nicht vom Geld abhängig machen. Die Stadt soll einen Fonds zur Subventionierung des Schulessens einrichten. „Kein Essen an einer Schule soll mehr als drei Euro kosten“, sagt Dohn. Das sei immer noch weit über dem Betrag, den einige Familien zur Verköstigung des Nachwuchses ausgeben können, räumt er ein, aber mit dem Fonds ließen sich Preissteigerungen abfangen.

SPD will Kindern arbeitsloser Eltern sogar kostenloses Mensaessen ermöglichen

Der Fonds soll mit dem Geld aus der so genannten Spitzabrechnung finanziert werden. Geld aus unerwarteten steuerlichen Mehreinnahmen, dass das Land an die Kommunen ausschüttet. Hanau soll Dohn zufolge aus der Spitzabrechnung 1,76 Millionen Euro erhalten. Der Fraktionschef der Linken spricht aber auch von der Option, Kindern etwa arbeitsloser Eltern das Mensaessen zum Null-Tarif zu gewähren. Anlass ist ein Vorstoß der Kreis-SPD, die bei der nächsten Kreistagssitzung am 9. November, ein kostenloses Schulessen für diese Jugendlichen fordern wird. Eine Forderung, die auch vor dem Hintergrund steht, dass mit dem G8-Abitur in Hessen zusätzlicher Unterricht in den Nachmittag gelegt werden muss. „Wenn die Koalition in Hanau dem Vorhaben der SPD im Kreis folgen wird, werden wir unseren Antrag zurückziehen“, offeriert Jochen Dohn.

Hanau und der Kreis nehmen in Sachen verbilliger oder kostenloser Schulspeisung für bestimmte Pennäler keine Vorreiterfunktion ein. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen oder auch in den hessischen Kommunen Frankfurt, Hofheim und Rüsselsheim existieren bereits Fonds oder stehen kurz vor der Einrichtung.